

L1_neu Leitantrag "Klimaschutz, Innovation und Nachhaltigkeit"

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 25.03.2022
Tagesordnungspunkt: 5. Themenschwerpunkt "Klimaschutz"

Antragstext

1 „Wenn man bei einer Aufgabe bleibt, wenn man überzeugt ist, das Richtige zu tun,
2 und wenn man alle Energie in diese eine Sache steckt, kann man Erstaunliches
3 bewirken.“

4 (Wangari Muta Maathai, Friedens-Nobelpreisträgerin)

5 Die Herausforderungen, vor denen unser Land steht, sind enorm. Der Klimawandel
6 ist bereits angekommen. Die Ziele des Pariser Klima-Abkommens erscheinen heute
7 ambitionierter als noch vor 7 Jahren, als sie international vertraglich
8 vereinbart wurden. Die vergangenen Bundesregierungen und unsere
9 Landesregierungen haben dringend nötige Reformen verschlafen, bis das
10 Bundesverfassungsgericht sie unsanft weckte. Zu lange ist die Abhängigkeit von
11 importierten fossilen Rohstoffen der Energiesicherheit aus eigener regenerativer
12 Energie vorgezogen worden. Heute erleben wir, wie unser Rohstoffbedarf die
13 Sicherheitsarchitektur unseres gesamten Kontinentes in Gefahr bringt.

14 Den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu deutlich reduzieren, bedeutet nicht nur den
15 weltweiten Klimawandel aufzuhalten, es bedeutet auch, eine neue Friedensordnung
16 vorzubereiten. Für uns ist klar, Energiepolitik ist eine Frage der Sicherheit.
17 Für uns und für kommende Generationen.

18 Damit Mecklenburg-Vorpommern seinen Beitrag zur außenpolitischen Stabilität der
19 EU und zur energiepolitischen Unabhängigkeit Deutschlands leisten kann und
20 künftige Konflikte verhindert werden, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV die
21 Landesregierung auf, in den kommenden Jahren folgende Reformen konsequent
22 umzusetzen:

23 1. Erneuerbare Energien konsequent weiter ausbauen!

24 Wir müssen Ausbauhürden überwinden, dringend schneller werden und mehr Akzeptanz
25 schaffen. Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Beteiligung der Bürger*innen
26 und Kommunen an der Energiewende, zum Beispiel über Bürgerenergieprojekte,
27 müssen ausgebaut werden. Über den unmittelbaren ökonomischen Nutzen muss die
28 Akzeptanz für Maßnahmen der Energiewende wachsen. Standortgemeinden von
29 Windparks sollen beispielsweise risikofrei zwei Prozent der Einnahmen erhalten.
30 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien darf dabei nicht gegen den heimischen
31 Artenschutz ausgespielt werden. Mit Artenhilfsprogrammen müssen die Populationen
32 windenergie-sensibler Arten gestützt und über die Landes- und Regionalplanung
33 neue Lebensräume zur Verfügung gestellt werden.

34 2. Ein aussagekräftiges Klimamonitoring installieren

35 Damit der Umbau unserer Wirtschaft gezielt und mit Augenmaß geplant werden kann,
36 bedarf es eines aussagekräftigen öffentlichen Klimaschutzmonitorings. Wir
37 fordern einen jährlichen „Energiewende- und Klimaschutzbericht“ in dem die
38 Treibhausgasemissionen aus den Mooren, der Landwirtschaft, bei der
39 Energiegewinnung, im Verkehr, bei der Wärmeproduktion, aber auch in der

40 Industrie und der Abfallwirtschaft transparent erfasst und ausgewiesen werden.
41 Alle neuen Landes- und Kommunalprojekte dürfen nur noch unter dem Vorbehalt
42 beschlossen werden, dass sie mit den Pariser Klimazielen vereinbar sind.

43 3. Kommunen beim Klimaschutz unterstützen

44 Kommunen müssen bei den Klimaschutzmaßnahmen des Landes durch neue gesetzliche
45 Rahmenbedingungen besser eingebunden werden. So wird gewährleistet, dass die
46 beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen von Land und Bund konkret in den Kommunen
47 umgesetzt werden können, um die Klimaziele von Paris und ihre nationalen
48 Konkretisierungen schnellstmöglichst erreicht werden. In der Praxis heißt das,
49 dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt mit Hilfe von
50 Klimaschutzmanager*innen ein eigenes Klimaschutzmanagement entwickelt. Die dafür
51 erforderlichen Stellen und die Konzepterstellung können bereits heute über die
52 Kommunalrichtlinie M-V gefördert werden. Zum Tätigkeitsfeld der
53 Klimamanager*innen gehört es, kommunale Emissionsbilanzen und darauf aufbauend
54 Klimaschutzkonzepte zu erstellen. Sie informieren und beraten Bürger*innen,
55 Verwaltung
56 und Kommunalpolitik bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. Erst
57 durch diese Beratungsstruktur erhält der Klimaschutz vor Ort seine Dynamik.
58 Aktuell fehlen vielen Kommunen in MV noch die finanziellen Mittel, den kommunale
59 Klimaschutz zu stemmen. Viele haben nicht einmal die Möglichkeit,
60 Bundesfördermittel abzurufen, weil sie den nötigen Eigenmittelanteil nicht
61 aufbringen können. Wir fordern, dass das Land rechtlich verbindlich für die
62 Finanzierung der kommunalen Klimaschutz-Aufgaben Unterstützung leistet. Das
63 sehen wir als den einzigen Weg an, die Kommunen bedarfsgerecht bei der
64 Finanzierung zu unterstützen. Nur so kann Mecklenburg-Vorpommern zukünftig
65 flächendeckend auch von den bereitgestellten Bundesmitteln profitieren.

66 4. CO₂-freie Wärme fördern

67 Klimaneutrale Wärmeplanung ist als kommunale Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge
68 landesweit einzuführen. Wärmepläne sollten für alle Städte und Landkreise bis
69 spätestens Ende 2024 erstellt werden. Hierbei müssen die Potenziale zur Senkung
70 der Wärmebedarfe und die Transformation zur klimaneutralen Wärmeerzeugung
71 ausgewogen in einem Wärmewendekonzept zusammengeführt werden. Die Planung und
72 Realisierung klimaneutraler kommunaler Nah- oder Fernwärmeversorgung sowie der
73 Ausbau vorhandener Wärmenetze muss ein zentrales Klimaschutzziel des Landes
74 werden. Landesfördermittel sind den Kommunen als Ergänzung zur Bundesförderung
75 in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Es ist in den kommenden Jahren
76 vordringliche Aufgabe der Landes- und Kommunalpolitik, die Wärmeversorgung der
77 Bevölkerung zu sichern, indem sie möglichst unabhängig von ausländischen
78 Rohstoffen wird.

79 5. Energiebedarf durch nachhaltige Stadtplanung senken

80 Weitreichende Klimaziele erfordern eine nachhaltige Raumplanung über alle
81 Planungsstufen hinweg. Das Ziel des Bundesumweltministeriums, die bundesweite
82 Flächenversiegelung in Deutschland bis 2030 auf 20 ha/Tag zu reduzieren, muss
83 anteilig auf die Kommunen und Landkreise in M-V berechnet und realisiert werden.
84 Dieses Ziel muss im Landesraumentwicklungsprogramm verankert werden.
85 Flächennutzungspläne steuern beispielsweise den Erhalt von Grünräumen, begrenzen

86 Flächenverbrauch durch nachhaltige Siedlungsdichten, sichern Flächen für
87 Erneuerbare Energieversorgung und definieren grundlegende Parameter für die
88 Wirtschaftlichkeit von Wärmenetzen und öffentlichem Nahverkehr. Die
89 Landesvorgaben für die Flächennutzungspläne (FNP) müssen an den Klimaschutz
90 gekoppelt und durch klimabezogene Raumziele vorgeprägt werden. Bebauungspläne
91 sind bereits vom Aufstellungsbeschluss an durch die Erstellung von Energie- und
92 Klimaschutzkonzepten zu untersetzen. Stadtentwicklung ist quartiersbezogen auf
93 die Förderkulisse von energetischen Sanierungsgebieten zu orientieren, sodass
94 die Themen grüne Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung, Klimawandelanpassung
95 und Verkehrswende für mehr Klimaschutz und Lebensqualität miteinander verbunden
96 werden können, denn ein wesentliches Klimaschutzpotenzial liegt im
97 Gebäudebestand und gut funktionierenden Ortskernen.

98 6. Das Landesenergiekonzept überarbeiten

99 Die Landesregierung muss schnellstmöglich das Landesenergiekonzept anpassen und
100 genaue Vorgaben machen, wie und in welchen Bereichen der Ausbau der erneuerbaren
101 Energien bis 2035 vorangebracht werden soll und genauen Aufschluss darüber
102 geben, wie die Energienetze landesweit ausgebaut werden sollen. Dieses Konzept
103 muss auch verbindlich mindestens zwei Prozent der Landesfläche für
104 Windkraftanlagen und ein Prozent der Landesflächen für Solarenergie an Land
105 ausweisen und eine Solarpflicht für Neubauten beinhalten.

106 Das Landesenergiekonzept muss den fachlichen Rahmen für die Energiekapitel des
107 neuen Landesraumentwicklungsprogramms und der regionalen
108 Raumentwicklungsprogramme vorgeben.

109 7. Moore und Wälder nachhaltig umbauen

110 Die Wiedervernässung von Mooren und der Schutz von Moorböden muss durch die
111 Landesregierung forciert werden. Sie bilden das größte Potenzial, um in wenigen
112 Jahren Treibhausgase effektiv zu senken. Rund 30 Prozent der gesamten
113 Treibhausgas-Emissionen im Land stammen aus meist landwirtschaftlich genutzten,
114 entwässerten Moorböden.

115 Zur zügigen und ambitionierten Umsetzung der anspruchsvollen und komplexen
116 Aufgabe der Wiedervernässung der Moorböden und Etablierung einer neuen Form der
117 Landwirtschaft auf dem geeigneten Teil dieser wiedervernässten Böden, die den
118 Torfkörper erhält (Paludikultur), muss unverzüglich ein spezielles
119 Moorklimaschutz-Programms für M-V erarbeitet werden. Reduktionsziele und
120 Instrumente des Moorklimaschutzes müssen festgelegt und Förderinstrumente für
121 die Anhebung und Regulierung der Wasserstände sowie die Paludikultur-Nutzung
122 geschaffen werden. Die Fachstrategie zur Etablierung von Paludikulturen muss in
123 die Umsetzung gebracht werden. Die systematische Förderung des besonders
124 klimaschädlichen Ackerbaus auf entwässerten Moorböden muss eingestellt werden.
125 Vorhabenträger und Behörden benötigen zum Aufbau von Kompetenzen und Kapazitäten
126 für die Umsetzung und Genehmigung von Projekten Unterstützung und eine
127 landesweite Strategie für ein systematisches effektives Vorgehen.

128 Das Land hat Vorbildfunktion und sollte die Wiedervernässung und neue
129 klimagerechte Nutzung der circa 15.000 ha landeseigenen landwirtschaftlich
130 genutzten Moorflächen prioritär umsetzen.

131 Die Wasser- und Bodenverbände müssen dabei unterstützt werden, die neue Aufgabe
132 des Schutzes der Moorböden und des Wasserrückhaltes in der Landschaft
133 aufzugreifen und umzusetzen.

134 Darüber hinaus fordern wir ein Waldklima-Programm, das die Landeswaldflächen
135 nicht nur ausbaut, sondern insbesondere die bestehenden Wälder den neuen
136 klimatischen Bedingungen durch massiv beschleunigten ökologischen Umbau anpasst.

137 8. Bildungsoffensive für den Klimaschutz

138 Klimaschutz muss in den Lehrplänen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.
139 Für neue nachhaltige Wirtschafts- und Produktionsformen benötigen wir zukünftig
140 geschulte Fachkräfte, welche im Bereich Energie- und Wärmegewinnung,
141 Bauwirtschaft, Mobilität, Industrie und Forschung die notwendigen Innovationen
142 vorantreiben. Dies umfasst nicht nur die Schulpläne, sondern auch eine
143 Aktualisierung der Lehrinhalte an Berufsschulen und Hochschulen. Zusätzlich
144 müssen die spezialisierten Abschlüsse ausländischer Fachkräfte zukünftig
145 schneller staatlich anerkannt und das Weiter- und Fortbildungsangebot, unter
146 anderem auch für Handwerker*innen, konsequent ausgebaut werden. Der Wettbewerb
147 um die Fachkräfte der Zukunft wird nicht zu gewinnen sein, wenn man MV als
148 Ausbildungsort nicht auf die Herausforderungen der Zukunft einstellt.

149 9. Saubere Mobilität stärken

150 Das Auto ist aus einem Flächenland wie dem unseren momentan nicht wegzudenken.
151 Um im Verkehrssektor maßgeblich CO₂ einzusparen, fordern wir deshalb eine
152 landesweite Strategie zum schnellen Ausbau von E-Ladeinfrastruktur. Der
153 konsequente Umstieg auf E-Mobilität fördert unsere Unabhängigkeit von Rohstoff-
154 Importen und hält Wertschöpfung im Land.

155 Die nachhaltige Mobilitätspolitik der Zukunft muss aber auch Alternativen zum
156 privaten PKW schaffen und öffentliche Verkehrsangebote anbieten. Es bedarf der
157 Bereitstellung von Mobilitätsstationen an zentralen Bus- und Bahnhaltstellen,
158 damit dort schnell auf andere Verkehrsangebote wie Fahrräder und Carsharing-
159 Angebote umgestiegen werden kann. Zudem müssen die Ober- und Mittelzentren des
160 Landes endlich mit einem kostengünstigen, durchgängig gültigen MV-Ticket im
161 Stundentakt erreichbar sein. Nur wenn der Öffentliche Personenverkehr für die
162 Menschen im Land praxistauglich wird, haben sie die Möglichkeit, auf das eigene
163 Auto verzichten zu können.

164 In den größeren Städten des Landes brauchen wir darüber hinaus sichere und
165 komfortable Möglichkeiten für den Radverkehr, damit mehr Menschen vom Auto auf
166 das Rad umsteigen können. Und auch im ländlichen Raum muss mit gut erreichbaren
167 und sicheren Abstellanlagen an schnellen Buslinien das Rad als komfortables
168 Verkehrsmittel im Alltag etabliert werden. Dies stärkt nicht nur den heimischen
169 (Rad-)Tourismus, sondern eröffnet auch verkehrssichere Mobilität für Menschen,
170 die sich kein Auto leisten können oder zu jung sind, um einen Führerschein zu
171 haben.

172 10. Klimafreundliche Landwirtschaft stärker fördern

173 Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern geht nur gemeinsam mit den Landwirt*innen.
174 Sie gehören in den Fokus, da die Landwirtschaft einerseits stark von
175 klimatischen Verhältnissen abhängig und von den Folgen des Klimawandels direkt

176 betroffen ist. Andererseits verursacht sie selbst 8,2 Prozent der
177 Treibhausgasemissionen in Deutschland (2020, entwässerte Moorböden,
178 Grünlandumbruch, Düngemittelproduktion, landwirtschaftlichen Verkehr, Wärme und
179 Energieverbrauch nicht eingerechnet). Methanemissionen aus der Tierhaltung und
180 Lachgas-Emissionen aus der Düngung und Bearbeitung landwirtschaftlicher Böden
181 belasten unser Klima. Die EU-Fördermittel müssen wesentlich stärker dafür
182 genutzt werden Landwirt*innen bei der Umstellung auf klimafreundliches
183 Wirtschaften zu unterstützen.

184 Der Senkung der Stickstoffüberschüsse in unserer Kulturlandschaft kommt hohe
185 Bedeutung zu, da dadurch viele Synergien mit weiteren Umweltzielen erreicht
186 werden können. Eine emissionsarme und am Pflanzenbedarf orientierte Düngung, die
187 Stickstoffüberschüsse und somit Lachgasemissionen aus landwirtschaftlich
188 genutzten Böden verringert, reduziert Treibhausgasemissionen weiter.

189 Der Ausbau des Ökolandbaus auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bis
190 2030 ist ein wichtiger Beitrag, da große Synergieeffekte mit weiteren
191 Umweltzielen bestehen. Der Ökolandbau verursacht – bezogen auf ein erzeugtes
192 Lebensmittel – zwar durch die geringeren Erträge etwa gleich hohe Emissionen wie
193 im konventionellen Landbau. Bei der Betrachtung bezogen auf die Fläche
194 verursacht die ökologische Landwirtschaft jedoch geringere Emissionen, da keine
195 chemisch-synthetischen Pflanzenschutz- und Düngemittel eingesetzt werden, die
196 Lachgasemissionen niedriger sind und der Kohlenstoffgehalt der Böden häufig
197 höher ist.

198 Die gezielte Wirtschaftsförderung von tierschutzgerechter, flächengebundener
199 Nutztierhaltung mit Weidehaltung reduziert nicht nur den Düngemittelbedarf,
200 sondern führt auch durch die Reduzierung der Nutztierbestände zu einem
201 geringeren Methanausstoß und bindet im beweideten Grünland dauerhaft CO₂.

202 Ein entscheidender Hebel zur Senkung der Treibhausgasemissionen ist die
203 vermehrte Vergärung von Gülle, Mist und anderen landwirtschaftlichen
204 Reststoffen. Insgesamt gilt es, die Energieeffizienz in der Landwirtschaft zu
205 steigern.

206 Neben diesen Maßnahmen in der Landwirtschaft sind durch das Land ebenso
207 Kampagnen zur Reduktion von Lebensmittelabfällen und zu klimagerechten
208 Ernährungsweisen notwendig.

209 11. Einen Katastrophenschutzfonds aufstellen

210 Klimakatastrophen, beispielsweise durch Extremwetterphänomene, kommen ohne
211 Vorankündigung und machen auch an Landesgrenzen keinen Halt. Wir fordern die
212 Landesregierung auf, einen Sonderhilfsfonds vorzuhalten, damit schnell und
213 solidarisch finanzielle Hilfe bei der Beseitigung der Extremwetterschäden und
214 falls notwendig bei der Wiederaufbauhilfe geleistet werden kann. Denn in diesen
215 Situationen zählt für die betroffenen Menschen jede Sekunde.

Begründung

erfolgt mündlich